



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der SPD-Fraktion
Hier: Bewirtschaftung der Lehrerparkplätze

Beratungsfolge:

21.03.2019 Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung berichtet über den wirtschaftlichen Erfolg der HSP Maßnahme. Dabei ist für die Vermietung der Parkplätze außerhalb des Kernbereichs der Innenstadt darzustellen,

- wie sich die Zahl der tatsächlich vermieteten Stellplätze im Vergleich zu den Sollzahlen entwickelt hat.
- welche Einnahmen aus der Vermietung der Parkplätze erzielt werden und welche Aufwendungen für die Umsetzung dieser Maßnahme in dem genannten Bereich erforderlich waren bzw. sind.

Kurzfassung

Entfällt

Begründung

Siehe Anlage



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung
(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ sind nicht betroffen



SPD – Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
Postfach 42 49

58095 Hagen
58042 Hagen

Tel: 02331 207 - 3505
Fax: 02331 207 - 2495

spd-fraktion-hagen@online.de | www.spd-fraktion-hagen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
im Hause

06. März 2019

Bewirtschaftung der Lehrerparkplätze

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21. März 2019, gem. § 6 Abs.1 GeschO.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung berichtet über den wirtschaftlichen Erfolg der HSP Maßnahme. Dabei ist für die Vermietung der Parkplätze außerhalb des Kernbereichs der Innenstadt darzustellen,

- wie sich die Zahl der tatsächlich vermieteten Stellplätze im Vergleich zu den Sollzahlen entwickelt hat.
- welche Einnahmen aus der Vermietung der Parkplätze erzielt werden und welche Aufwendungen für die Umsetzung dieser Maßnahme in dem genannten Bereich erforderlich waren bzw. sind.

Begründung:

Die kostenpflichtige Vermietung der Lehrerparkplätze an Schulen außerhalb des Kernbereichs der Innenstadt, hat in vielen Bereichen dazu geführt, dass die Lehrkräfte, Eltern u. a. auf öffentliche Parkflächen in den Wohngebieten die Fahrzeuge abstellen und die „Lehrerparkplätze“ unbenutzt sind. Dies führt zu Beeinträchtigungen für die Anwohner, die Beschwerden nehmen stetig zu.

Von daher ist es nach Auffassung der SPD Fraktion geboten, die finanziellen Auswirkungen der Maßnahme zu bewerten.

Die Fraktion behält sich vor, dass auf der Grundlage des Berichtes Anträge gestellt werden.

Freundliche Grüße

Claus Rudel
SPD-Fraktion



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

48 Fachbereich Bildung

20 Fachbereich Finanzen und Controlling

Betreff: Drucksachennummer: 0273/2019
Anfrage der SPD Fraktion vom 06.03.2019 gem. § 6 Abs. 1 GeschO
zur Bewirtschaftung der Lehrerparkplätze

Beratungsfolge:
21.03.2019 Haupt- und Finanzausschuss



1. Wie hat sich die Zahl der tatsächlich vermieteten Stellplätze im Vergleich zu den Sollzahlen entwickelt?

Aktuell werden an 16 Schulen Lehrerparkplätze im Stadtgebiet bewirtschaftet.
Die Auslastung beträgt überwiegend nahezu 100 Prozent.

Lediglich an 5 Parkplätzen konnte die Auslastung nicht erreicht werden, und zwar an der

- Fritz-Steinhoff Gesamtschule, Am Bügel 20, 58099 Hagen
- Heinrich-Heine Realschule/Hauptschule Geschwister-Scholl, Kapellenstr. 38, 58099 Hagen
- Grundschule Emst/Rahel-Varnhagen-Kolleg, Schwelmstück 1, 58093 Hagen
- Realschule Halden/Grundschule Karl-Ernst-Osthaus, Lützowstr. 115-117, 58095 Hagen
- Förderschule Friedrich von Bodelschwingh, Eugen-Richter Str. 77-79, 58089 Hagen

Es ist beabsichtigt, Zug um Zug weitere Parkplätze zu erschließen.

Grundsätzlich wird von der Verwaltung jedoch in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bereits in der Vorlage zur Sitzung des Rates der Stadt Hagen vom 12.05.2016 zum Beschluss, die Vermietung der Lehrerparkplätze auf das gesamte Stadtgebiet auszudehnen, auf die zu erwartenden Schwierigkeiten aufmerksam gemacht wurde. Dabei wurden insbesondere die Verdrängungs- und Abwanderungseffekte in die umliegenden Straßen und die daraus resultierenden Beschwerden der Nachbarschaft dargelegt. Die Beschlussfassung erfolgte in Kenntnis dieser Bedenken.

2. Welche Einnahmen werden aus der Vermietung der Parkplätze erzielt und welche Aufwendungen waren bzw. sind für die Umsetzung dieser Maßnahme in dem genannten Bereich erforderlich?

Im Rechnungsjahr 2018 wurden Mieterträge in Höhe von brutto 82.051,63 EUR erzielt. Nach Abzug aller mit der Bewirtschaftung akkreditierten Kosten verblieben Mieteinnahmen in Höhe von netto 53.515,62 EUR.

Gez. Erik O. Schulz
(Oberbürgermeister)